

ANTRÄGE

1) Linie 81 und 83 – Ausdehnung des Fahrplans und Taktverdichtung

GR. **Haberler** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Bus-Linien 81 und 83 verkehren zwischen den Bezirken Geidorf, Andritz und Mariatrost und verbinden sonst vom ÖV nicht erreichte Gebiete am Rosenberg, der Platte und am Pfeiferhofweg mit dem Liniennetz der Holding Graz.

Von Seiten der Anrainer, welche an den bezeichneten Linien wohnen, wurde bereits mehrfach der Wunsch geäußert, den Fahrplan zu verdichten und zu verlängern.

Daher stelle ich namens des ÖVP–Gemeinderatsclubs den

A n t r a g ,

die Holding Graz – Linien werden ersucht, die Taktverdichtung der Linien 81 und 83 auf 15 Minuten sowie die Ausdehnung des Fahrplans – Montag bis Freitag - auf die Zeit von 6.30 bis 20.00 Uhr und am Samstagen bis 14.00 Uhr im Hinblick auf die Anzahl der Benutzer und der Kosten zu überprüfen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) Erhebung von fehlenden Gehsteigen bzw. Gehwegen

GR.ⁱⁿ **Heuberger** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

In Graz gibt es eine Unzahl von dringend nötigen Gehsteigen bzw. Geh- und Fußwegen an stark befahrenen Landes- und Gemeindestraßen, etwa für viele zu nennen: die Petersbergenstraße, welche von der Kreuzung Peterstalstraße bis zu ihrem Ende nahezu unbegebar ist, im weiteren Verlauf bindet z. B. gleich der Pachernweg an, wo es auch stellenweise nicht einmal ein Bankett gibt, um zu Fuß die Straße entlanggehen zu können.

Aber auch viele neue Wohnverbauungen wurden in letzter Zeit bis an den Straßenrand genehmigt, so dass auch in völlig neuen Strukturen unhaltbare Zustände einen Fußwegverkehr nahezu unmöglich machen, hier wäre z. B. Beispiel die Siedlung an der Engelsdorferstraße gegenüber der Bauernmarktzufahrt in Liebenau zu nennen, wo sich die kleinen Vorgärten der einzelnen Wohnungen bis an den Straßenrand erstrecken. Aber auch in der Straßganger Straße gibt es ähnlich Beispiele, wo die Fa. Kohlbacher ihre neuen Wohnblöcke direkt an das Bankett errichten durfte.

Besonders schlimm sind jedoch überwiegend die Zustände bei den in der Stadt Graz gelegenen Landesstraßen, welche an Straßenrändern bzw. Banketten kaum Sicherheitsstreifen für einen Fußweg aufweisen.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

A n t r a g:

Herr Verkehrsstadtrat Herrn Mag. Mario Eustacchio wird ersucht, gemeinsam mit dem Referat der Steirischen Landesregierung für Verkehr, unter Herrn Landesrat Dr.

Gerhard Kurzmann, und der Grazer Bau- und Anlagenbehörde, unter Frau Stadträtin Elke Kahr, eine dringende Erhebung der beschriebenen Zustände durchzuführen, um in Folge und besonders in Anbetracht des ständig ansteigenden Verkehrs an den gefährlichsten Stellen höchst notwendige Sicherheitsvorkehrungen zu treffen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Stärkere Kontrollen von Gehsteige und -wege unerlaubt benützenden Radfahrern

GR.ⁱⁿ **Heuberger** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Auf Grund des immer stärker werdenden Verkehrsaufkommens wagen es sehr viele Radfahrer besonders auf Landesstraßen, wo auch starker Schwerverkehr zu verzeichnen ist, nicht, auf den Straßen selbst zu fahren und benützen diese daher immer öfter die vorhandenen Gehsteige und -wege.

Sehr oft sieht die Polizei über den gegenständlichen Verbotsparagraphen hinweg - hier zumeist auch aus menschlichem Verständnis. Nun klagen aber Bewohner und Anrainer verstärkt über diesen Zustand, besonders jene, deren Hauseingänge und Toreinfahrten in die Gehsteige münden, zumal ein Betreten der Gehsteige bzw. Ausfahren der betroffenen PKW-Benützer jedes Mal mit der Gefahr verbunden ist, einen Rad fahrenden Passanten am Gehweg „mitzunehmen“ oder von diesem verletzt zu werden. Aber auch ältere, gehbehinderte Personen, Mütter mit Kinderwagen und/oder Kleinkindern sind von den die Gehsteige mißbrauchenden Radfahrern betroffen.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

A n t r a g:

Der Gemeinderat möge mit einer Petition an das Stadtpolizeikommando Graz herantreten, dass stärkere Kontrollen sowie Abmahnungen gegenüber den Radfahrern, die Gehsteige und -wege unerlaubt benützen, durchgeführt werden.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Verlegung der Schüler- und Jugendgalerie

GR.ⁱⁿ Kaufmann stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Derzeit befindet sich die Jugendgalerie im Hintergebäude des Rathauses. Der Zugang erfolgt hauptsächlich über die Landhausgasse.

Da Graz "City of Design" ist, soll Kunst und Kultur, die von jungen Grazerinnen und Grazern gestaltet wird, in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt werden.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

A n t r a g ,

der Gemeinderat möge beschließen:

Die Jugendgalerie soll prominenter platziert werden, um den Stellenwert der jungen Grazer Künstlerinnen und Künstler zu verdeutlichen.

Weiters soll auch allen jungen Grazer Künstlerinnen und Künstlern die Möglichkeit gegeben werden, in dieser Galerie ihre Werke zu präsentieren, da im Moment in erster Linie Schülerinnen und Schüler zum Zug kommen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Kinderferienerholung – Zuzahlung der Stmk. Gebietskrankenkasse

GR.ⁱⁿ **Potzinger** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Kinderferien camps bieten Tapetenwechsel, Spiel, Spaß und Sport in frischer Luft und guter Gemeinschaft und sind ein wertvoller Beitrag für die Gesunderhaltung der Kinder und Jugendlichen. Erfreulicherweise unterstützt die Stadt Graz auch heuer wieder durch Zuschüsse Eltern, die sich diese Angebote für ihre Kinder sonst nicht leisten könnten.

In anderen Bundesländern werden diese gesundheitsfördernden Angebote auch von den Gebietskrankenkassen unterstützt. Bedauerlicherweise hat die Stmk GKK diese Leistungen vor einigen Jahren eingestellt. Da die Stmk GKK wieder positiv bilanziert, unternehmen wir einen neuerlichen Vorstoß und appellieren an die Verantwortungsträger der Stmk. GKK, die Kinderferienaktionen in Zukunft wieder

finanziell zu unterstützen und damit einen wertvollen Beitrag zur Gesundheitsprävention für die steirischen Kinder und Jugendlichen zu leisten.

Daher stelle ich namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion folgenden

Antrag:

Die Stmk. Gebietskrankenkasse wird dringend ersucht, die Teilnahme an gesundheitsfördernden Kinderferiencamps für alle Kinder zu erleichtern, indem für einkommensschwache Familien wieder Zuzahlungen geleistet werden.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Lärmbelästigung Gewerbegebiet Messendorfgrund/Styriastraße

GR. Mag. **Spath** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Beschwerden von unzumutbaren Lärmbelästigungen in den Nachtstunden aufgrund von Arbeitstätigkeiten im Gewerbegebiet Messendorfgrund/Styriastraße häufen sich seit mehr als einem Jahr. Dabei handelt es sich um täglich vorkommende, jedoch zeitliche unregelmäßige, zumeist klopfende Arbeitsgeräusche, die aufgrund ihrer Lautstärke über viele hunderte Meter zu hören sind und dabei vielfach oft auch weit nach Mitternacht. Die Bewohnerinnen und Bewohner in den angrenzenden

Siedlungsgebieten Sternäckerweg, Johann-Weitzer-Weg, Theodor-Storm-Straße und Hubertusstraße werden dadurch um ihre Nachtruhe gebracht.

Im März dieses Jahres wurde bereits vom Bezirksrat St. Peter ein entsprechender Antrag an das Umweltamt gestellt und auch bereits beantwortet. In der Antwort wurde unter anderem darauf hingewiesen, dass bereits im Jahre 2013 eine schalltechnische Überprüfung der Firma Quehenberger durchgeführt wurde und als Konsequenz zur Verbesserung der örtlichen schalltechnischen Situation durch die oben genannte Firma ein schalltechnisches Sanierungskonzept in Auftrag gegeben wurde.

Auch hat Ende November 2013 eine örtliche Erhebung und mündliche Verhandlung durch die Bau- und Anlagenbehörde stattgefunden. Der zugehörige Bescheid GZ: 45265/2013 wurde mit Datum vom 6.12.2013 ausgestellt. Leider sind die schalltechnischen Verbesserungen ein halbes Jahr später noch immer nicht durchgeführt. Gerade jetzt in den Sommermonaten sind die Lärmbelastigungen in den Nachtstunden für die betroffene Bevölkerung unerträglich.

Namens des ÖVP – Gemeinderatsclubs stelle ich daher den

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden aufgefordert, alles zu veranlassen, damit die nächtliche Lärmbelastigung im Gewerbegebiet Messendorfgrund/Styriastraße unverzüglich unterlassen wird und die verursachende Firma Quehenberger die schalltechnischen Verbesserungen sofort realisiert.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) Kinderspielgeräte und Grünraum am Griesplatz

GR.ⁱⁿ **Braunersreuther** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Der Bezirk Gries wird, nicht zuletzt durch die Attraktivierung des sog. Annenviertels, immer beliebter als Wohnbezirk für Familien. Einige Plätze werden jedoch von Familien eher gemieden als genutzt. Dazu zählt der Griesplatz. Im Bereich der Bushaltestellen liegt dies an der Verkehrssituation. Die Ecke zwischen Kiosk und Griesbäcker dagegen ist verkehrsberuhigt. Als urbanes Brachland wird sie jedoch kaum genutzt – und wenn, nur nachts, was nicht selten zu massiven Ruhestörungen führt.

Durch das Aufstellen von Kinderspielgeräten und lokale Begrünung könnte dieser leere Platz jedoch eine neue Form der Nutzung gewinnen. AnwohnerInnen aller Generationen könnten hier unter Bäumen im Schatten sitzen, Kinder würden den Platz mit Leben füllen. Ergebnis wäre ein interkulturelles Miteinander, das der Integration sehr dienlich ist.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen des Magistrats Graz werden aufgrund der im Motivenbericht angeführten Gründe ersucht, darauf hinzuwirken, dass am nördlichen Griesplatz zwischen Kiosk und Griesbäcker Bäume gepflanzt, Bänke aufgestellt und Kinderspielgeräte angebracht werden.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Schaltung der FußgängerInnenampel Rösselmühlgasse, nördl. Griesplatz

GR.ⁱⁿ **Braunersreuther** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Der Griesplatz ist ein Knotenpunkt des öffentlichen Verkehrs in Graz. Entsprechend viele FußgängerInnen sind um den Platz unterwegs. Doch die müssen zum Teil sehr viel Geduld und Zeit mitbringen, um sich um den Platz bewegen zu können.

Ein Beispiel ist die FußgängerInnenampel bei den „Goldenen Kugeln“ über die Rösselmühlgasse am nördlichen Griesplatz. Bei der Ampel wird dem Individualverkehr so viel Vorrang eingeräumt, dass FußgängerInnen, die den Knopf gedrückt haben, häufig der Ansicht sind, die Ampel sei kaputt und daher bei Rot die Straße überqueren. So lange ist die Wartezeit.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen des Magistrats Graz werden aufgrund der im Motivenbericht angeführten Gründe ersucht, darauf hinzuwirken, dass die Schaltung der FußgängerInnenampel über die Rösselmühlgasse am nördlichen Griesplatz (bei den „Goldenen Kugeln“) so verändert wird, dass für FußgängerInnen nicht mehr so lange Wartezeiten entstehen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) Regenunterstand in der Annenstraße 49

GR. **Eber** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Der neu errichtete Regenunterstand in der Annenstraße 49 wird nicht nur von den BetreiberInnen des dortigen Geschäftlokals, sondern auch von KundInnen und AnrainerInnen abgelehnt. Das Problem besteht nicht nur darin, dass das Dach undicht ist und die darunter befindlichen Bänke nass werden. Der Unterstand wird auch kaum von Fahrgästen genutzt, sondern mitunter als Umkleiderort, Müllablagestätte oder sogar zum Drogenkonsum missbraucht.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die Stadt Graz beauftragt die verantwortlichen Stellen, den Regenunterstand zu entfernen oder – sollte das nicht infrage kommen – zumindest eine Umgestaltung, etwa durch lokale KünstlerInnen, in die Wege zu leiten.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10) Darstellungen der sieben Stadttore

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die plastische kleinformatige Wiedergabe des Grazer Rathauses im Eingangsbereich desselben ist heute eine Attraktion nicht nur für Sehschwache, für die dieses tastbare Modell ursprünglich errichtet wurde, sondern erfreut sich bei Jung und Alt, bei GrazerInnen und TouristInnen gleicher Beliebtheit. Ähnliches gilt auch für die Miniaturdarstellung vor dem Opernhaus.

Für historisch Interessierte wäre es aber auch sehr reizvoll, Abbilder der ehemaligen sieben Stadttore an ihrem früheren Standort erleben zu dürfen.

A n t r a g :

Die Stadt Graz beauftragt die verantwortlichen Stellen, an den ehemaligen Standorten der sieben Stadttore eine plastische (oder zumindest zweidimensionale) Wiedergabe des jeweiligen Stadtores zu errichten.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11) Rücknahme der Verteuerungen der „Schulcard“

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die „Schulcard“ der ÖBB ermöglicht Schülergruppen eine günstige Reisemöglichkeit zu Schikurs oder Sportwoche. Dieses Angebot wird auch gerne angenommen – so sind es pro Jahr über 100.000 SchülerInnen, die es gerne in Anspruch nehmen.

Nun gelten von Seiten der ÖBB neue Tarife, die eine deutliche Erhöhung (um fast 40 Prozent) und verschärfte Stornobedingungen mit sich bringen. Dies hat zur Folge, dass sportliche Aktivitäten im Rahmen von Schikursen oder Sportwochen für die Betroffenen weniger erschwinglich werden. Die Teilnahmebereitschaft an derartigen Schulveranstaltungen wird weiterhin sinken.

Dem ist auch von Seiten der Schulstadt Graz entschieden entgegenzutreten.

A n t r a g :

Die Stadt Graz möge sich bemühen, mit den ÖBB eine für SchülerInnen und Eltern erträglichere Tarifgestaltung der „Schulcard“ zu finden.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

12) Verlängerung der Aufstellungsfristen für die NS – Mahntafeln von Jochen Gerz

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die 2010 vom deutschen Künstler Jochen Gerz entworfenen Mahntafeln über die NS-Zeit sind ein hervorragender Beitrag zur Erinnerungskultur in der

Menschenrechtsstadt Graz, die bekanntlich im III. Reich leider auch einen anderen Beinamen besaß.

Nun sollen diese Tafeln, die eine äußerst wichtige volksbildnerische Funktion erfüllen, weggeräumt werden.

Ein völlig falscher Schritt. Ganz im Gegenteil stünde es der Stadt Graz gut an, sich weiter offensiv mit ihrer Vergangenheit auseinanderzusetzen. Die Beibehaltung der Tafeln wäre ein deutliches Zeichen dafür.

A n t r a g :

Die Stadt Graz bekennt sich zu den Mahntafeln des Künstlers Jochen Gerz und tritt für die Verlängerung der Aufstellungsfrist zumindest bis zum Jahre 2018 ein.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

13) WLAN und APA-Kiosk in den Filialen der Stadtbibliothek

GR. Mag. **Krotzer** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Ende 2013 besaßen bereits 78 Prozent der ÖsterreicherInnen ein Smartphone. Ein Viertel aller Zugriffe auf das Internet erfolgt mobil. Beide Tendenzen steigend.

Wünschenswert wäre es daher, den BenutzerInnen der städtischen Bibliotheken umfassenden Zugang zur österreichischen Medienlandschaft zu gewähren. Dafür

erscheint der Austria-Kiosk der APA geradezu prädestiniert, umfasst dieser doch 38 Zeitungen und 140 Magazine.

Bereits umgesetzt ist dieses Free-Lounge-Modell in den Wiener Bibliotheken sowie in traditionellen Kaffeehäusern Wiens. Als erste Gemeinde hat Guntramsdorf ihre Stadtbibliothek und mehrere BürgerInnen-Begegnungszonen im Rathaus mit diesem Service ausgestattet.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen des Magistrats werden ersucht, den Zugang zum APA-Kiosk in allen Filialen der Grazer Stadtbibliotheken zu ermöglichen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

14) Revitalisierung des beliebten Buchkogelsteiges sowie des Rudolfsteiges

GR. **Sikora** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Rund um den Buchkogel im Grazer Westen führen zahlreiche beliebte Wanderwege die Grazer BürgerInnen hinaus in die Natur.

Vom Schloss St. Martin kommend führt über den Buchkogelsteig ein Wanderweg in Richtung Buchkogel zur Rudolfswarte, von Johann und Paul kommend ein Wanderweg über den Rudolfsteig. 1975 gründete der Österreichische Alpenverein unter Präsident Hans Schnell eine Interessengemeinschaft bestehend aus der Sektion Graz des Österreichischen Alpenvereins, der Grazer Berg- und Naturwacht sowie dem Fremdenverkehrsverein Straßgang, welche für die Instandsetzung der Rudolfswarte mitsamt den allseits beliebten oben genannten Steigen aufkamen.

Aufgrund wirtschaftlicher und elementarer Ereignisse, u. a. Windbruch im Wald sowie starker Eisregen im heurigen Jahr, wurden die beiden Steige derart in Mitleidenschaft gezogen, dass an ein gefahrloses Benutzen dieser zurzeit nicht mehr möglich ist. Zahlreiche Holzstufen hielten der Witterung nicht mehr stand, Geländer sind umgefallen und Wege aufgrund der starken Witterungsverhältnisse unpassierbar geworden.

Nun wäre jedoch die Möglichkeit einer Revitalisierung äußerst günstig, da die GBG zusammen mit der Berg- und Naturwacht die Waldschäden des zerstörerischen Eisregens des heurigen Jahres wieder instand setzt und es nur eines geringen Mehraufwandes bedarf, die in Mitleidenschaft gezogenen Steige ebenfalls wieder instand zu setzen.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g:

Die zuständigen Stellen des Magistrats und die Abteilung für Grünraum und Gewässer werden ersucht, wie im Motivenbericht erläutert zu prüfen, ob eine rasche Revitalisierung der beiden beliebten Steige rund um den Buchkogel umgesetzt werden kann.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

15) Illegaler Welpenhandel

GR. Thomüller stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Viele der Tiere, die illegal aus ost- und südosteuropäischen Ländern zu uns kommen, werden unter denkbar schlechten Bedingungen nur zu Profitzwecken „erzeugt“. Dabei werden die Muttertiere als „Gebärmaschinen“ gebraucht und in viel zu kleinen Zwingern gehalten, die Welpen werden zu früh von der Mutter getrennt und die Jungtiere werden unter unzumutbaren Bedingungen über weite Strecken transportiert, um bei uns billige Rassetiere abzugeben. Für die Tiere hat das fatale Auswirkungen. Viele überleben die Tortur durch den Transport gar nicht, andere erkranken und kommen qualvoll ums Leben.

Um dem Tierleid, das durch den illegalen Handel mit Welpen hervorgerufen wird, zu begegnen und zu gewährleisten, dass die Grazerinnen und Grazer vom Erwerb derart gehandelter Tiere Abstand nehmen, sollte die Öffentlichkeit besser über die Begleitumstände des illegalen Welpenhandels aufgeklärt werden.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die verantwortlichen Stellen werden ersucht, eine Informations- und Aufklärungskampagne zu initiieren, welche über die Begleitumstände des illegalen Welpenhandels informiert, um das damit verbundene Leid von Hundewelpen zu vermeiden.

Der Antrag wird der ordnungsgemäßen Behandlung zugewiesen.

16) 23. Mai – Internationaler Nachbarschaftstag – Beteiligung von Graz

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Jeder kennt das: In der Früh geht man aus dem Haus, am Abend kommt man zurück. Dazwischen arbeitet man, trifft sich mit Freunden. Aber die Familie von nebenan bleibt unbekannt, fällt nur auf, wenn die Kinder wieder einmal laut sind. Und dann wendet man sich eher an die Hausverwaltung und neuerdings scheint auch der Anwalt aus der eigenen Rechtsschutzversicherung mit einem "netten" Brief auch schon als Lösungsweg bei kleineren nachbarschaftlichen Divergenzen. Die nachbarschaftlichen Beziehungen sind verbesserbar.

1999 wurde in Paris erstmals der Tag der Nachbarschaft gefeiert. Heuer am 7. Internationalen Tag der Nachbarschaft hat sich auch Wien beteiligt. So fanden in 20 Bezirken 70 Veranstaltungen statt; dort koordiniert und unterstützt von der Lokalen Agenda 21. Mittagstische, Diskussionen, Ideen sammeln für ein besseres Leben im Grätzel, Hilfsaktivitäten, Wanderungen durch Siedlungen, etc... standen an diesem Tag im Vordergrund.

In diesem Sinne stelle ich namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion den

A n t r a g ,

dass sich auch Graz im nächsten Jahr am Internationalen Nachbarschaftstag beteiligt, wobei das in Graz existierende Netz an verschiedenen Siedlungsinitiativen mit eingeladen werden sollte, an einem Tag starke Aktivitäten für den Internationalen Tag der Nachbarschaft 2015 zu setzen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

17) Bevorzugung von weiblichen Namensgeberinnen bei der Umbenennung von Straßennamen

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

In den Richtlinien zu Straßenumbenennungen (GR-Beschluss vom 16.11.2006) gibt sich die Stadt selbst die Vorgabe, im Sinne von repräsentativerer Verteilung bei künftigen Umbenennungen Frauen als Namensgeberinnen zu bevorzugen:

„Namen bedeutender Persönlichkeiten, die auf kulturellem Gebiet, für den sozialen, wissenschaftlichen und technischen Fortschritt, den Umweltschutz oder für den Frieden große Leistungen erbracht haben, wobei Namen von Frauen vorrangig zu verwenden sind.“ (Richtlinie 2006, Punkt 3)

Ein Anliegen, das auch beim Grazer Frauenrat natürlich sehr große Unterstützung findet, gibt es doch bekanntlich immer noch das sehr starke Ungleichgewicht, dass bei allen nach Personen benannten Straßen nur 2,5 Prozent Frauen gewidmet sind, wie auch unlängst in der Ausstellung "LOST SPACE? Frauenstraßen, Frauenplätze" im

GrazMuseum eindrucksvoll dokumentiert http://lostspace.weblog.mur.at/?page_id=4298).

Daher haben der Grazer Frauenrat und die TeilnehmerInnen des LOST SPACE-Workshops zu dieser Thematik auch das dringende Anliegen, diese Selbstverpflichtung des Grazer Gemeinderats zusätzlich mit einer verbindlicheren Einbeziehung der mit Frauenanliegen und Gleichstellung betroffenen "Organe" zu unterstützen:

- ♣ einerseits frühzeitig beratend, was die Erarbeitung von Umbenennungsvorschlägen betrifft,
- ♣ andererseits als zusätzlicher Fachausschuss bei der Vorberatung des jeweiligen Gemeinderatsstücks selbst.

Der Grazer Frauenrat und das Projekt LostSpace haben daher einen Vorschlag erarbeitet, wie diese vom Gemeinderat gewünschte Richtlinie in ihrer Umsetzung gestärkt werden könnte, der durch den vorliegenden gemeinsamen Antrag der Grazer Grünen, der SPÖ, der KPÖ und der Fraktion der Piraten sowie durch die heutige Frage in der Fragestunde des Gemeinderats unterstützt wird:

Wir, die Mitglieder des Grazer Frauenrats und die TeilnehmerInnen des Workshops zur Ausstellung „LOST SPACE? Frauenstraßen, Frauenplätze“ im GrazMuseum, stellen im öffentlichen Interesse an den Grazer Gemeinderat zu den „Grundsätzlichen Richtlinien für Straßenbenennungen“ aus dem Gemeinderatsbeschluss vom 16. November 2006 folgende Forderungen:

1. Zu Punkt 3: „Für die Namensgebung bei Benennung von Verkehrsflächen gelten folgende Gesichtspunkte: Namen bedeutender Persönlichkeiten, die auf kulturellem Gebiet, für den sozialen, wissenschaftlichen und technischen Fortschritt, für den

Umweltschutz oder für den Frieden große Leistungen erbracht haben, wobei Namen von Frauen vorrangig zu verwenden sind.“

Umwandlung der Richtlinie in eine (verbindliche) Verordnung.
Im Sinne der Gleichstellung ist die Stadt Graz für die Anwendung und Umsetzung der Verordnung verantwortlich.

1.a Zu Punkt 5: „Personennamen: Bei der Wahl von Personennamen ist nur der Familienname (Schreibname) ohne Vorname und akademischen Grad zu verwenden.“
Änderung: Bei Neu- und Umbenennungen sind im Sinne der Würdigung und zur Unterscheidung zwischen Männern und Frauen sowohl Vor- als auch Nachname zu verwenden.

1.b Zu Punkt 7.1. „Verfahren bei Neubenennungen“: neu: 7.1 c)

Die Stellungnahme des Referats für Frauen & Gleichstellung bzw. des Ausschusses für Frauenangelegenheiten und Gleichstellung unter Hinzuziehung der Unabhängigen Frauenbeauftragten (als Vertreterin des Grazer Frauenrates) ist vor Ausarbeitung des Benennungsvorschlags einzuholen.

Ergänzt und neue Bezifferung: 7.1.d)

Der Benennungsakt ist danach über die Stadtbaudirektion und den Stadtsenatsreferenten/der Stadtsenatsreferentin den für das Stadtvermessungsamt und dem für Frauen- und Gleichstellungsangelegenheiten zuständigen gemeinderätlichen Ausschüssen vorzulegen.

Ergänzt und neue Bezifferung: 7.1.e)

Es obliegt diesen Ausschüssen, die Namensgebung dem Gemeinderat antragstellend zur Beschlussfassung vorzulegen.

2. Folgende Straßenschilder sind dringend anzubringen:

Helene-Serfecz-Platz

Hertha-Fraueneder-Straße

Mela-Spira-Straße

Olga-Rudel-Zeynek-Gasse

3. Bei bereits vorhandenen nach Frauen benannten topografischen Bezeichnungen sind die Vornamen zu ergänzen, wenn nur der Nachname der weiblichen Persönlichkeit genannt wird: (Beispiel: Kollwitzgasse)

3.a Bei topografischen Bezeichnungen, die nur nach dem Vornamen einer weiblichen Persönlichkeit benannt sind, sind eine oder mehrere Zusatztafeln anzubringen. (Beispiele: Annenstraße, Odilienweg, Elisabethstraße)

4. Bei Neubenennungen von topografischen Bezeichnungen im „Reininghausviertel“ sind ausschließlich Namen von Frauen zu verwenden.

5. Zu Punkt 4. „Doppelbenennungen“:

Bei vorhandenen Doppel- und Mehrfachbenennungen sind Brücken, Parkanlagen, Alleen etc. nach weiblichen Persönlichkeiten umzubenennen. (Beispiele: Erzherzog-Johann-Brücke, Robert-Stolz-Allee)

6. Bei Umbenennungen ist das Verfahren für die Bevölkerung mithilfe mobiler Meldeämter etc. zu erleichtern.

Zur Unterstützung dieses Anliegens stelle ich im Namen der Gemeinderatsklubs von Grünen-ALG, SPÖ, KPÖ und der Fraktion der Piraten den folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen bzw. betroffenen Stellen des Magistrats (Magistratsdirektion, Stadtvermessungsamt, Referat für Frauen und Gleichstellung)

1. mögen prüfen, welche Änderungen der Richtlinie zu Straßenumbenennungen

notwendig sind,

- a) um die frühzeitige Einbeziehung von Frauen- und Gleichstellungsausschuss bzw. -referat und der zukünftigen Unabhängigen Frauenbeauftragten als Vorsitzende des Grazer Frauenrats in die Vorbereitung von Straßenumbenennungsentscheidungen verbindlich zu gestalten,
- b) um die Bevorzugung von Frauen als Namensgeberinnen für Straßen und Plätze verbindlich zu machen,
- c) die angeführten Anliegen des Frauenrats und des Projekts LOST SPACE möglichst umfassend umzusetzen
- d) und um Bürgerinnen und Bürger, z.B. bei neuen Straßennamen wie demnächst in Reininghaus miteinzubeziehen in die Frage, wie "ihre" Straße heißen könnte (Einbringen von Vorschlägen mit Begründung; Klärung von Abstimmungsmöglichkeiten)

2. und dem Gemeinderat diesbezüglich bis Ende des Jahres 2014 einen Vorschlag zur Beschlussfassung unterbreiten.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

18) Reduktion von Luxuspensionen – Prüfung der Möglichkeiten im Haus Graz

GR. Dr. **Wohlfahrt** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

In diesen Tagen, wahrscheinlich sogar heute, wird voraussichtlich im Nationalrat eine Reduktion sogenannter „Luxuspensionen“ im öffentlichen Bereich und für Firmen im öffentlichen Besitz im Rahmen des sogenannten Sonderpensionsbegrenzungsgesetzes beschlossen werden. Auch das Haus Graz könnte inhaltlich von diesen Regelungen betroffen sein, sowohl bei der Messe als auch bei der Holding Graz gibt es Pensionsregelungen, die durchaus als Luxuspensionen im Sinne des oben erwähnten Bundesgesetzes betrachtet werden können. Außerdem gibt es auch Doppelpensionen aus Politikerpension und Pensionen unserer Beteiligungen.

Deshalb stelle ich folgenden

Antrag:

Der Finanzstadtrat der Stadt Graz, Univ.-Doz. DI Dr. Gerhard Rüscher, wird ersucht, in der Sitzung des Grazer Gemeinderates im September 2014 einen schriftlichen Bericht über die Umsetzungsmöglichkeiten des oben genannten Bundesgesetzes bzw. über Möglichkeiten der inhaltlichen Umsetzung der in diesem Bundesgesetz vorgesehenen Maßnahmen – Kürzung von Luxuspensionen - im Haus Graz vorzulegen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

19) .graz

GR. **Pacanda** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Seit März 2014 darf sich Wien als erste Stadt der Welt bezeichnen, die eine eigene Domain-Endung hat. Es ist nun möglich sich Domains, wie zum Beispiel wirtschaft.wien oder transparenz.wien, zu registrieren. Wien hat die Vergabe dieser TLDs („Top-Level-Domains“) mit einem Vertrag an eine eigene Firma übergeben. Es war in der Anfangsphase (Sicherheitsphase) möglich, sich für rund 1000 Euro Domains vorab zu sichern. In weiterer Folge werden die Domains dann zwischen 30 und 50 Euro kosten.

Die Kosten, welche z.B. durch die „Bearbeitungsgebühr“, die bei der ICANN anfallen würden, könnten schnell und nachhaltig wieder eingespielt werden.

Die Vorteile für die Stadt Graz sind einerseits eine Stärkung der Marke „GRAZ“ durch eine eigene TLD sowie potentielle Einnahmen durch die Erlöse.

Weiters wäre es möglich, jungen Unternehmerinnen und Unternehmern in Graz gratis bzw. vergünstigte .graz-Domains in der Starphase anzubieten, was wiederum den Wirtschafts- und Innovationsstandort Graz fördern würde.

A n t r a g :

- 1.) Die dementsprechende Abteilung wird ersucht, mit der Stadt Wien Kontakt aufzunehmen, um einen Erfahrungsaustausch durchzuführen.
- 2.) Weiters wird die Abteilung ersucht zu überprüfen, in welchem Zeitraum die Investitionskosten gedeckt sein werden.
- 3.) Um Berichterstattung an den zuständigen Ausschuss in der nächstmöglichen Sitzung wird ersucht.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

20) Transparente Bauverfahren

GR. **Pacanda** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Bei Großvorhaben im öffentlichen Raum haben Bürger weder Parteienstellung noch Kontrollmöglichkeiten, ob zugesagte Vorgaben auch tatsächlich eingehalten werden. Wie die Vergangenheit gezeigt hat, ist dies leider nicht immer der Fall.

Im konkreten Fall des Bauprojektes im Pfauengarten hat es keine öffentlichen Informationen über die Planänderungen gegeben (Mauer-Durchbruch statt Freitreppe, Ausführung der behindertengerechten Verbindung). Weiters gestaltet es sich als schwierig, eine Einsicht darüber zu erlangen, ob die mit viel Aufwand und unter den strengen Auflagen des Denkmalamtes sanierten Befestigungswerke nun auch von öffentlichem Grund einsehbar sind, oder ob dazu Privatgrund betreten werden muss.

Bei einem Projekt, das in derart öffentlichem Interesse steht und das die Gestaltung des öffentlichen Raumes maßgeblich beeinflusst, ist es wichtig, die aktuellen Informationen und Planänderungen für Bürger transparent darzustellen.

A n t r a g :

Die zuständige Abteilung möge die Möglichkeiten prüfen und im dementsprechenden Ausschuss darüber berichten, wie Bauverfahren in einem Bereich, der in starkem öffentlichen Interesse steht, künftig transparenter abgewickelt bzw. dargestellt werden können.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Damit ist die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz beendet.

Bürgermeisterstellvertreterin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Martina S c h r ö c k schließt die Sitzung des Gemeinderates um 17.50 Uhr.

Die Vorsitzenden:

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Bgm.-Stv.in Mag.^a Dr.ⁱⁿ Martina Schröck

StR. Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüsck

Der Schriftführer:

Die Schriftprüferin:

Wolfgang Polz

GR.ⁱⁿ Waltraud Haas-Wippel